

Bei Energiekosten zahlt Stadt kräftig drauf

Zwei Gaspreiserhöhungen sorgen für fünfstellige Mehrausgaben / Verwaltung legt Energiebericht vor

Mit den beiden jüngsten Erhöhungen der Gaspreise in den vergangenen Monaten greifen die Lieferanten nicht nur den Bürgern und Betrieben in die Tasche, sondern auch der Stadt Obernkirchen mit ihren öffentlichen Einrichtungen. Dazu gehören vornehmlich die Schulen und Sporthallen. Diese Entwicklung ist angesichts ders erst jetzt zu Ende gehenden langen Kälteperiode alles andere als ein Spaßfaktor. Deshalb hat sich auch der Rat bei seiner Sitzung mit diesem Thema befasst.

Obernkirchen. Den Anstoß zu dieser Diskussion hatte Ratsherr Konrad Bögel gegeben. Von ihm lag ein schriftlicher Antrag vor, der Rat möge prüfen, ob die seit 2004 vom regionalen Energieversorger vorgenommenen Energiepreiserhöhungen betriebswirtschaftlich berechtigt sind. Er wies in diesem Schreiben darauf hin, dass die Stadt zum einen in ihrer Rolle als Miteigentümer der Stadtwerke und Anteilseigner von E.on Mitverantwortung für diese Entwicklung trage und zum anderen von den Kostenerhöhungen selbst betroffen sei, die den ohnehin klammen Haushalt zusätzlich belasten. Bögels Antrag geht noch darüber hinaus. Er fordert, dass die Stadt die Differenz zwischen dem Preisniveau von 2004 und den heutigen Energiekosten einbehalten solle, bis rechtsverbindlich festgestellt werde, was zulässig ist und was nicht. Eine Zahlung unter Vorbehalt reiche ihm nicht aus. Das zurzeit noch in der Gruppe „Mitte“ mitwirkende Ratsmitglied bezog sich außerdem auf die Schaumburger Bürgerinitiative „Energiepreise runter!“, die sich bereits vor einem Monat mit ihrem Anliegen an Verwaltung und Rat der Bergstadt gewandt hatte.

Während der Sitzung des Rates unterstrich Bögel nochmals seine Forderung und bat darum, den anwesenden Sprecher der Bürgerinitiative, Robert Laack (Krainhagen), zu diesem Thema zu hören. Die der Stadt durch die Erhöhung der Gaspreise entstandenen Mehrausgaben dürften nach den Berechnungen von Bögel bei mehr als 10 000 Euro pro Jahr liegen.

Stadtdirektor Wilhelm Mevert empfahl dem Rat, den gesamten Komplex zunächst im dafür zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) zu behandeln. So wird dann auch verfahren. Vom Fachbereich „Bau, Planung und Umwelt“ liegt inzwischen der erste Energiebericht der Stadt Obernkirchen vor, der alle bereits durchgeführten und noch notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs der kommunalen Liegenschaften enthält und laufend fortgeschrieben werden soll.

Der Beigeordnete Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen) hatte bereits im vergangenen Oktober eine solche Energiebilanz für die Bereiche Strom, Gas und Öl angeregt. Dessen Vorstellungen auf diesem Feld decken sich mit denen der Gruppe „Mitte“ und auch der SPD-Fraktion, die ebenfalls durch Sanierungsmaßnahmen Energiekosten einsparen wollen. Stübke hatte zudem angeregt, bei Bedarf versierte Energieberater heranzuziehen. Der Landkreis hat für einen Teil seiner Liegenschaften mit regionalen Regelungsspezialisten zusammengearbeitet. Diese Investition soll sich schon nach kurzer Zeit ausgezahlt haben.

Der Energiebericht der Bergstadt bezieht sich auf insgesamt 21 kommunale Objekte und deren Verbrauch an Strom, Wasser und Gas im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 sowie den damit verbundenen Kostenaufwand. Er enthält auch eine Übersicht über Sanierungsmaßnahmen und die dafür benötigten, zunächst nur grob geschätzten Investitionen. Um den Energieverbrauch besser vergleichen zu können, wird dieser künftig umgerechnet auf die Geschossflächen der Gebäude. Der zuständige Fachausschuss wird sich auch mit der Frage zu befassen haben, nach Möglichkeit ein zentrales Energie-Management einzuführen. Es macht wenig Sinn und sorgt für Reibungsverluste, wenn sich darum mehrere Verwaltungsbereiche kümmern. sig